

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Nummer 10 Pf. Einzelhefte 10 Pf. für den Bezirk Halle-Merseburg. Druck: Druck-Verlagsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, Halle, Gutenbergstraße 14.

Abonnementpreis: 12 Pf. für den Monat, 36 Pf. für den Vierteljahr, 1,20 Pf. für den halbjährigen, 2,40 Pf. für den jährlichen. Abonnementpreis für den Ausland: 1,20 Pf. für den halbjährigen, 2,40 Pf. für den jährlichen. Druck: Druck-Verlagsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, Halle, Gutenbergstraße 14.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Donnerstag, 6. Oktober 1927

7. Jahrgang • Nr. 235

## In den Giftkellen der Kriegsindustrie

### Gasbomben in Offenbach — Durch Phosgen vergiftet — Signale zum Kampf

Offenbach, 5. Oktober.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird gemeldet: In dem Offenbacher Betrieb der J. G. Karbenindustrie (früherer Werk Oskar) ereignete sich Montagabend ein Unfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Ein Arbeiter war beauftragt worden, eine Gasbombe, die Phosgen, ein erstickend wirkendes Kohlenstoffdioxid, enthält, zu öffnen. Als er die Bombe öffnen wollte, merkte er, daß sie undicht war und Gas austrat. Er rief laut:

„Phosgen! Phosgen!“

Worauf die Arbeiter sofort aus dem Laboratorium flüchteten. Im ersten Stoß dieses großen Laboratoriumshauses arbeiteten Kräfte Dr. Gern. Gebhardt und Dr. Gern. Weber. Sie flüchteten selber auf den „Barrackenplatz“ nicht, sondern blieben nur die Fenster ihrer Laboratoriumsabteilung und ließen sich auf die offenen Fenster, um frische Luft zu haben. Arbeiter, die mit Gasmasken versehen waren, erlitten dann die undichte Gasbombe und marfen sie auf den Hof. Dabei mußten die beiden am Fenster des ersten Stockwerkes stehenden Kräfte Dr. Gern. Gebhardt und Dr. Gern. Weber die Gase einatmen. Sie litten sich unwohl und wurden sofort vom Fabrikarzt behandelt. Konnten sie aber, da ihnen wieder öfter wurde, in ihre Wohnungen begeben. In der Nacht flüchteten aber beide wieder beschweren, worauf sie sich nach dem Krankenhaus Frankfurt begeben. Im Krankenhaus ist nun die 29-jährige, aus Berlin kommende Dr. Gern. Sibonow, die sich hier auf den Hofen der Phosgenverteilung verhalten. Der Zustand des Dr. Weber soll, wie wir erfahren, ebenfalls ernst sein.

Wir haben schon wiederholt auf die furchtbaren Schäden hingewiesen, die die chemische Industrie für die Gesundheit der Arbeiter bedeutet. Jetzt stehen wir wieder vor einem Ereignis, wo die Gase, die sonst in langjam schleichendem Tempo das Leben der Gemeindefrauen zerstören, plötzlich in solchen Mengen frei geworden waren, daß ein Atemzug genügte, um Menschen zu vernichten.

Diese Macht der Vernichtung, die der Produktion des größten deutschen Trüsters, der J. G. Karbenindustrie, innewohnt, muß darum ihren Platz zu einer gefährlichen Kriegswaffe. Daß man dort — wie diese Meldung besagt — sich mit der Produktion von Phosgen-Bomben zu beschäftigen scheint und die Produktion tatsächlich täglich gewaltig steigern kann, kennzeichnet diese Industrie als die wichtigsten Stützen des modernen Imperialismus für den Fall eines Krieges. Es hat aber auch keine wirtschaftlichen Argumente bei den Verhandlungen in Gen. und ebenso wenig dem englischen Imperialismus um ein Kriegsbündnis gegen die Comintern.

Aus dieser Perspektive erweist sich auch die große Bedeutung der Rolle der Chemierbeiter in einem kommenden Kriege. Sie hat die Hand an den Ventilen, durch die das Gas in die Ballons und Bomben kräut, die in „Feindesland“ alles vernichten lassen. Sie hat damit aber auch die Hand an der Gewalt der Arbeiter und Imperialisten.

Gegen den Willen der Arbeiterkraft dieser Riesenwerke kann kein Hindenburg Krieg führen, und nach dem Willen dieser Arbeiterkräfte müssen Ökonomie und Arbeiterkraft, Arbeitszeit und hygienische Einrichtungen ausgebaut werden — wenn sie Kraft organisieren und einig sind, wenn sie unter revolutionärer Führung stehen.

## Der Aufstand in Mexiko niedergeschlagen

### Präsident Calles Sieger auf der ganzen Linie — Es riecht nach Petroleum

(Ein. Welt.) Berlin, 5. Oktober.

Die von den Generälen des USA-Imperialismus angezettelte Meuterei ist so gut wie niedergeschlagen. Die Stadt Petrote im Staat Veracruz, wo der meuternde General Gomez sich verschanzt hatte, ist von den regierungstreuen Truppen umzingelt und dürfte in der aller nächsten Zeit fallen. Die Calles-Regierung hat den Befehl gegeben, die Güter der Aufständischen überall zu beschlagnahmen und sie zur Belegung der durch die Niederwerfung des Aufstandes verursachten Kosten zu verkaufen. Wie schon berichtet, ist der General Serrano mit 13 aufständischen Offizieren vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen worden. Ihre Leichen wurden öffentlich ausgehängt. Der Oberst Amador ist mit sämtlichen Offizieren seines Stabes wegen seiner Beteiligung an der Meuterei zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Das Bureau des Präsidenten Calles gibt bekannt, daß drei weitere aufständische Generale gefangen genommen und hingerichtet wurden. Die Generalkommandeure General Alvarez erklärte, seien nur noch zwei Gruppen von Aufständischen unter Waffen. Beide werden von Hundestreifen verfolgt.

Außerhalb dreht es sich in Mexiko um Auseinandersetzungen, wie sie dort gewöhnlich vor den Präsidentschaftswahlen stattfinden. Wie zu viele Interessenten gibt es innerhalb wie außerhalb des Landes, die mit dem Ende der verfallenen mexikanischen Präsidentschaftsautorität auch das Ende des antikommunistischen und antioberamerikanischen Kurles von Calles wünschen. Besonders ist es der Herr Herr, der gegen die modernen Einrichtungen des Entemes Calles Sturm läßt. Aber auch den mächtigen Oberamerikaner gefällig die zielbewusste Despotie des Präsidenten nicht, der ihnen allzuweit ihr Gesicht behaupten hat.

Wir sehen also nicht fehl in der Annahme, daß hinter diesen Aufstandsbewegungen der amerikanischen Imperialismus steht, daß er in seinem Interesse verlust, auf diesem Wege eine Einkommensquelle herbeizuführen. Allerdings sind die Ursachen dafür nicht allen ähnlich. Trotzdem ist es möglich, daß sich bis zur Wahl ähnliche Vorgänge wie die letzten wiederholen.

## Wie Friedensengel Chamberlain die Welt beruhigt

(Ein. Welt.) Paris, 5. Oktober.

Der englische Außenminister Chamberlain, der in diesen Tagen mit dem spanischen Diktator Primo de Rivera in Barcelona zusammenkommt, um mit ihm u. a. die Frage des Mittelmeerfriedens in England-Spanien, der sich offenbar aber Frankreich richtet, zu besprechen wird voraussichtlich Donnerstag oder Freitag in Paris erwartet.

Schätzungsweise wird er mit dem französischen Außenminister

Frankreich eine Unterredung haben, in der er denselben über die mit Primo de Rivera gefundene Aussprache und die Mittelmeerblockade „beruhigen“ dürfte.

## Die Chemieproleten an die Bernarbeiter

Folgende Entschliessung geht aus zur Veröffentlichung zu:

Die Genossenschaft der kommunistischen Partei bekennt die Unzufriedenheit der 60000 Bergarbeiter Mitteldeutschlands, durch Kampf den Ausbeutern abzutreiben, was sie nicht freiwillig den Arbeitern zugehen wollen, trotz der Gefährlichkeit und Selbstverleumdung der gestellten Forderungen. Da die Zelle jedoch aus Erfahrung, wie sehr bei der streikenden Bewegung in Berlin auch bei der laufenden Bewegung im Bergbau annehmen muß, daß die reformistischen Führer unserer freien Gewerkschaften sich auch hier wieder vorbereiten, den Kampf abzubiegen, die Mitglieder der Diktatur der Unternehmer freiwillig auszuliefern, forder die Zelle alle Bergproleten auf, die Reihen und den Druck der Mitgliedschaft im Bergarbeiterverband so zu verstärken, daß es verzeirliche Führer nicht wagen können, den Willen der Massen zu beugen.

Kollegen, Genossen, Kameraden! Alles hängt von eurer Aktivität ab! Wollt ihr die Unterwerfung nicht drehen, so müßt ihr die Willkür reaktionärer Führer in euren eigenen Reihen brechen! Wollt ihr, der letzte Bergarbeiter hinein in den Verband! Einmal muß und wird es gehen, daß ihr über denerrat regelt! Wir Mitglieder der Leuna-Zelle der kommunistischen Partei versprechen euch, trotz und gerade wegen des 3. Oktobers, ein neues in unserer Zelle nicht nachzulassen, die Einzelkämpfer des gesamten Proletariats in Mitteldeutschland mit allen Mitteln zu fördern. Wir werden in unserem Bestreben, in der gesamten Bergarbeiterschaft unsere Werke und der tausenden Firmen unsere ganze Kraft einleiten, eure Bewegung zu unterstützen und zu einem siegreichen Ende führen zu helfen.

Diese Entschliessung ist deswegen von besonders großer Bedeutung, weil sie das Bestreben der Vorhut der Leuna-Arbeiterkraft zeigt, in enge Fühlung mit den Bergarbeitern zu kommen. Beide Industriezweige hängen ökonomisch eng zusammen. Das Leuna-Werk stellt täglich viele Wagons Braunkohle und vermontiert diese in alle möglichen Produkte. Ein Lohnkampf im Braunkohlegebiet kann also nicht ohne Auswirkungen auf die Leuna-Werke bleiben. Darum ist es wichtig für die Bergarbeiter, daß sie in ihrem Kampf die vollste Sympathie der Leuna-Arbeiterkraft besitzen. Diese Sympathieerklärung darf aber nur ein Anfang sein. Ihr müßt die Solidarität der Tat und das enge Kampfbündnis auf dem Fuße folgen.

## Notizen zum Tage

— Halle, 6. Oktober

Sie haben doch auch schon Ihre Miete bezahlt? Ich weiß, was Sie sagen wollen! Zehn Prozent haben Sie sogar mehr bezahlt als sonst. Sie haben geschimpft, freilich, aber in drei oder vier Monaten werden Sie sich daran gewöhnt haben, werden vielleicht gelernt haben — sagen wir — pro Tag auf ein mittleres Viertel Ihrer Miete für Ihre Kinder — und der Schaden ist wieder ausgeglichen.

Gerade auf die Vergeßlichkeit und faulehafte Anwesenheit des Protetien wird hier wie überall spekuliert. Im Februar 1924 bezahlten wir alle nur 80 Prozent der Mietensumme. Aber dann ging die Kletterei los. Im Dezember 1924 waren es schon 66, im Dezember 1925 gar 82 Prozent und jetzt sind es 120. Also in rund 3½ Jahren erleben wir eine Steigerung der Mieten um das Vierfache!

Das nergessen wir und treffen immer wieder gebuldig in den Lohnbeutel und legen einen weiteren Taler beim Hauswirt auf den Tisch. Schon nach den Angaben des Reichsarbeitsministers befreit die bisherige Steigerung der Miete allein schon eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 15 Prozent.

Soll das ohne Ende so weiter gehen? Wir legen nein, aber was nicht das, wenn dieser Eifermann nicht die Tat folgt?

Die beste Antwort auf diese Mieterhöhung ist der Kampf im höchsten Maße. Es sind ja nicht nur die Mieten zehntel! Alles ist teuer geworden, nur unsere Tare Arbeiterkraft verhalten wir zu einem Spottpreis, das nicht mehr zum Leben ausreicht.

Darum drohten die Berliner Straßenbahner mit dem Streik. In überfüllten Versammlungen nahmen sie Stellung und beschloßen wiederholt, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden, in den Streik zu treten. Die Gewerkschaftsführer riefen den Schlichtungsausschuss an. Dieser war aus drei Sozialdemokraten und zwei Unternehmern zusammengesetzt. Trotzdem sprach er einen Schiedspruch, den die Straßenbahner als eine alte Verhöhnung anfaßen und ablehnten. Wenn darauf — wie beschloßen — sofort in den Streik getreten worden wäre, dann könnte der Kampf bei der günstigen Situation jetzt schon herrlich beendet sein. Statt dessen wurde wieder der sozialdemokratische Schlichter angerufen. Der Schlichter natürlich bei seinem Vorhaben. Eine zehnmal gebotene Funktionärversammlung wurde beschloßen einzuhalten. Am nächsten hatte das Reichsarbeitsministerium den Versuch für verbindlich erklärt. Die Kollegen haben darauf geantwortet und brachen nun in der Funktionärversammlung gegen den Streik — weil sonst die Gewerkschaften, daß das Verbandsvermögen beschlagnahmt und sie für die wirtschaftlichen Schäden eines Streiks verantwortlich gemacht werden würden. Sie fanden sogar mit diesen Argumenten eine Mehrheit von drei Stimmen. Der Kampf war erledigt und die Straßenbahner elend verraten.

Diese Vorgänge hat für uns so manche Lehren. Sie zeigt uns vor allem den festen Willen der Gewerkschaftsführer, nichts zu tun, was den Interessen des neudeutschen Imperialismus widerspricht. Weber diese Interessen wagt ein Staat, mit dem die SPD-Führer verhandelt und verhandelt, in dem die Präsidentenliste, Ministerliste zieren, und in dem sie nicht zuletzt die „neutrale“ Schlichtungsiniziativen zwischen Kapital und Arbeit verfordern.

Und dennoch gibt es noch viele Arbeiter, die der Meinung sind, daß die Leute ihre Positionen in den Einrichtungen des Imperialismus in der Arbeiterkraft ausnutzen! Sie hängen alle an Wohnungen und Wohnungen der Kommunisten in den Wägen — und erst dann, wenn die Niederlage da ist, gibt es ein Erwachen.

Wir meinen, gerade die mitteldeutschen Bergarbeiter sollten rechtzeitig aus den Berliner Vorgängen lernen...

Vom Kulturkampf hört man in der SPD-Streife auch nichts mehr, seitdem die Freuenkoalition den sogenannten Währungsentscheid ausgeht hat. Auch hier wird die Taktik des Verharmloßens und Verschleißens eingeschlagen, auch hier wird auf die Vergeßlichkeit spekuliert.

Vor zehn Jahren hielten die Braun und Greueligen, die jetzt in der Freuenkoalition neben dem Mielenvertreuer Dirksfelder sitzen, flammande Reden gegen Kirche und Religion, vor 4 Wochen leiteten dieselbe Waise noch die kleinen Straußen in der Provinz herunter — doch jetzt schweigt alles.

Als Berater dieser Republik müssen die Sozialdemokraten auch hier die Interessen beruigen wahrnehmen, die seine freigestellten und aufgeregten Arbeiter verwenden können. Auch an der Kulturfront werden sie für die Ministerliste, die Elementarinteressen der Wertfähigen an die Parteien des Trustkapitals verraten.

Wir befehlen eine andere Republik. Sie ist im Westen vollkommen von der beschriebenen an deren Aufbau die SPD seit neun Jahren mittelt. Ihre Arbeit hat schließlich der Reaktion zur Macht verholfen. Aber in der Sowjetunion wurde es so gemacht, wie wir es 1918/19 auch für Deutschland verlangen. Der bürgerliche Staatsapparat wurde zerlegt, die Ministerliste wanderten auf den Sperrhaufen. Ein neuer Staatsapparat wurde aus den Räten der Arbeiter und Bauern organisiert.

Wir haben nun in diesen Tagen die Bilanz zu ziehen und die Frage zu beantworten, welcher Weg war der bessere für die Arbeiterklasse, der Weg des Kampfes oder der des Einverständnisses mit dem Kapital. ...

### Deutsche Militärischen und Industriellen fahren nach Nord-Amerika

Berlin, 6. Oktober. Die deutsche Militärische Delegation, die sich der Generaldirektor Groß von den Vereinigten Stahlwerken und Drig Schlie von der IG Farbenindustrie.

### Die Forderungen der preussischen Republik

Die Genossen Dietrich, Eberlein, Gollé, Grube, Kasper, Löwenthal (Berlin) und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunisten haben folgenden Antrag eingebracht:

Der vom preussischen Finanzministerium am 23. Juli 1927 erteilten Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1700, Blatt 1132, ergibt sich, daß die preussische Republik seit dem 1. Januar 1924 an den öffentlichen Forderungen und ehemaligen Staatsverschulden in Höhe von 2 239 528,69 M.

geleistet hat und daß wegen der Aufwertung der vor 1923 geschuldeten Forderungen und eines beschleunigten Abbaus dieser Forderungen entsprechende Verhandlungen mit dem Reichsministerium über die Forderungen überhaupt geführt werden, ist ein Hinweis dafür, daß die preussische Regierung geneigt ist, in irgendeiner Form den durch nichts begründeten Forderungen der depöbilitierten Fürsten und ehemaligen Staatsverschuldeten zu entsprechen.

- 1. Alle Forderungen an die depöbilitierten Fürsten und ehemaligen Staatsverschuldeten werden sofort eingestuft und die dafür in Betracht kommenden Geleise aufgehoben.
2. Die auf eine Regelung der Aufwertungsfrage und Abwicklung hingelassenen Verhandlungen mit dem Reich sind sofort abzubrechen.
3. Das Staatsministerium wird ersucht, ein evtl. von der Reichsregierung vorgelegtes Aufwertungs- oder Abwindungsgeleit im Reichsrat zu prüfen und alle Forderungen der depöbilitierten Fürsten und ehemaligen Staatsverschuldeten, ganz gleich welcher Art, mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Berlin, den 28. September 1927. Kasper und die übrigen Mitglieder der Fraktion der KPD.

### Bom Geist des neuen Strafgesetzbuches

Die gefährliche Schlinge des neuen Strafgesetzbuches für die Arbeiterklasse zeigte sich wieder in der weiteren Beratung des Strafgesetzbuch-Ausschusses. Bei der Beratung über den sogenannten Rechtsvermittlung forderte Genosse Stoedter die Beilegung der Streitfrage für nicht einschuldigen Verurteilten, daß sich diese Bestimmung nicht nur formalistisch auswirkt und von den heutigen Rechtsansichten nur ausnahmsweise abzuweichen ist.

Zum § 21: Haftung für besondere - vom Täter nicht gewollte und nicht vorausgesehen - Folgen seiner Handlung, sprach Genosse Koenen. Genosse Koenen gefiel zunächst die mittelalterliche Härte des Strafgesetzes, nach dem ein Täter für ihm nicht bewußt begangene Taten haftbar ist.

### Soll Lindner zu Tode gemartert werden?

Die „Volksliche Zeitung“ merkt, daß der seit neun Jahren im bairischen Zuchthaus sitzende Genosse Lindner förmlich und leiblich völlig zusammengebrochen ist. Nach dem materiellen Tode vom Genossen Jagemeister im Zuchthaus Mitternachtsfeld ist die bairische Justiz dabei, ein zweites Opfer zu Tode zu martern.

### Schwarzweileroberer Schiedsbed

Wie aus Breslau gemeldet wird, wurden bei der Hindenburg-Exposition in Warschau mehrere Arbeiter aus dem polnischen Oberschlesien verhaftet. Bei einem Verleihen hoch er mit seinem Repetitor auf mehrere des Weges kommende Arbeiter und verlegte einen durch Raufschlag lebensgefährlich. Ein zweiter Arbeiter wurde verwundet.

### Der Kampf der Berliner Brauereiarbeiter

Bürgerliche Politik die Tene - Das Gewerkschaftshaus verkauft Straßenschilder

Die Bezahlung der Berliner Brauereiarbeiter hat gegenwärtig sämtliche Arbeiter-Brauereiarbeiter sofort zu ihren Gunsten. Weiter wandten sich die Brauereiarbeiter nach Wilmanns über die Fortbewerben durch die Zentralisierung auf den sozialdemokratischen Parteipräsidenten Bürgerliche mit dem Verlangen, die sofortige Einziehung der technischen Mittel für die Bezahlung sämtlicher Arbeiter-Brauereiarbeiter vorzunehmen, um den weiteren Fortbewerben die Arbeit zu erleichtern.

### 10000

neue Leser wollen unsere Essener Parteigenossen für das „Ruhr-Echo“ gewinnen.

### 2165

Leser wurden nicht 386 Parteigenossen am ersten Hauptverbergabe gewonnen, so daß nun noch

### 7835

Leser für das „Ruhr-Echo“ gewonnen werden müssen. Die Voraussetzung zu diesen Erfolgen ist, daß jeder Genosse ein aktiver Werbearbeiter ist.

Wo stehen die Ergebnisse von Kurzer Werbearbeit?

### Thüringer und hessische Bauern entsenden einen Reichstags-Delegierten

Der Bund schaffender Landwirte, Kreis Thüringen, in dem Bauern aus Thüringen und Hessen organisiert sind, hat beschlossen, den Leuten R. Kubloff aus Kallan a. d. Werra mit der Bauerndelegation nach Weimar zu entsenden und die erforderlichen Reisekosten durch den Bund aufzubringen.

### Für die Hochwassergeländigten

Die kommunalistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Die Unmetertatschaden des Sommers haben in weiten Gebieten Deutschlands große Vermittlungen und insbesondere Schäden an der Ernte verursacht. Die Unmetertatschaden im Ober- und Mittel-Rhein-Gebiet im Sommer letzten Jahres, die Unmetertatschaden im August und September, Sturmfluten und Überschwemmungen in anderen Gegenden, insbesondere in Hannover, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Teilen der Provinzen Hannover und Brandenburg, in der Rheinpfalz, in den Gebieten der deutschen Mittelgebirge und in verschiedenen Kreisen Süddeutscher Länder.

### Ultimatum an Zinnen

Er soll die Begehrungen zu den russischen Gewerkschaften brechen

Der Generalrat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation von Amsterdam hat eine Resolution in Form eines Ultimatums gegen Zinnen angenommen, in der u. a. gefordert wird: „Im Schiedsungen der angeschlossenen Verbände zu verhindern und um einen Streit über die Richtlinien der Transportarbeiter-Internationalen zu vermeiden, fordert der allgemeine Rat von den Sekretären uneingeschränkte Anwesenheit und befristete Befolgung der Grundbesitz. Im vorliegenden Falle fordert der allgemeine Rat von Zinnen die Wahrung seiner Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften, über die Beschwerden nachzugehen wurden, vor Ablauf des Jahres 1927.“

### Fort mit der Klassenherrschaft!

Die Braunshweiner Lehrer wollen den Religiösen unterrichten verweigern

Der Braunshweiger Landeslehrerverband nahm in seiner Hauptversammlung eine Entschlossenung an, in der die Bekämpfung des Religiösen als Aufgabe gekennzeichnet wurde über die Einwirkung der Kirche in den Religionsunterricht als eine unzulässige Zumutung der Religionslehre abgelehnt wird.

### Der neue polnisch-litauische Konflikt

Der durch die Entlassung polnischer Lehrer in Litauen entstandene polnisch-litauische Konflikt verhärtet sich und findet in der polnischen Presse einen lauten Widerhall. Besonders die Wiener polnischen Zeitungen äußern sich mit größter Erregung. „Glow Wlasci“ schreibt: „Litauen wurde offenbar als ein Gebiet im Westen und Osten Provinzen verlieren und Litauen dadurch in den Besitz Litauens kommen. Infolgedessen sollte Polen keinerlei Litauen gegenüber eine militärische Operation anwenden.“

### Die Internationalen

Kr. 19 ist erschienen. Sie ist erhältlich bei allen Kolporturen und Vertriebsabteilungen und kann auch durch die Post bezogen werden. Sie ist als das theoretische Organ der Partei unentbehrlich für jeden Funktionär. Inhalt: K. P. - Am 1. November 1927, 4. Ausgabe; Litauen; Der Trojismus und die deutsche Revolution; Friedrich Engels; Preussische Fraktionäre; Marx; Die Rolle des Tarifwesens im Gewerkschaftskampf (Schluß); Die Arbeiter, Konjunkturen und Dauer des Tarifwesens; Die Arbeiter und die Arbeiterbewegung; Das politische Grundgesetz des jungen kommunistischen Parteiensystems; Die Arbeiter, Sozialdemokratie, Religion und Kirche; Antifaschistische Bemerkungen.

abzubrechen. Der „Vorwärts“ schreibt ähnlich dazu: „Nimm nicht von einer für seine Zukunft in der internationalen Gewerkschaftsbewegung folgerichtiger Entscheidung.“

### Bom Kongress der englischen Arbeiterpartei

Debatten über Reformen

Am dritten Verhandlungstag des Kongresses der englischen Arbeiterpartei in Blackpool nahm die Diskussion über die Lage im Kampf ihren Fortgang. Smith, Vorsitzender der Bergarbeiterverbandes, bezog die Linie von Hilferding auf dem Reichsparteitag der SPD und führte aus, daß die Bergarbeiter ihre Hoffnungen weniger auf die gewerkschaftliche Bezahlung als auf die Hilfe der politischen Bezahlung der Arbeiterpartei setzen müßten.

### Im Kielwasser des Reformismus

Am Montag wurde in Los Angeles der 47. Kongress der Amerikanischen Arbeiterföderation eröffnet. Der Reichsparteitag des Vorstandes äußerte sich dem „Temps“ zufolge über den Kommunismus folgendermaßen: „Wir sind der Ansicht, daß der sozialistische Kommunismus mit dem Kommunismus nicht möglich ist, weil sein Ziel die Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung ist.“

### Briand kapituliert

Die Abberufung Katsowitsch erneut verlangt

Paris, 6. Oktober. (WZ.) Infolge der von der Telegraphenagentur der Sowjetunion veröffentlichten Meldung über den diplomatischen Sieg der französischen Reichstagsfraktion in Moskau ist die Öffentlichkeit über den Komplex der Abberufung Katsowitsch in Moskau übermittelte, damit dieser aus neue den Vertretern der Sowjetunion zur Kenntnis bringe, daß die französische Regierung Katsowitsch nicht mehr als persona grata betrachte und die Entsendung eines neuen Sowjetbotschafters nach Paris erwarte.

### Die Abberufung Katsowitsch erneut verlangt

Die „Tribune“ meint, daß der Befehl der Regierung Frankreichs, die Abberufung Katsowitsch zu verlangen, den ersten Schritt in der Richtung des gewünschten Abkommens zwischen Frankreich und der Sowjetunion bedeutet.

### Ultimatum an Zinnen

Der Generalrat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation von Amsterdam hat eine Resolution in Form eines Ultimatums gegen Zinnen angenommen, in der u. a. gefordert wird: „Im Schiedsungen der angeschlossenen Verbände zu verhindern und um einen Streit über die Richtlinien der Transportarbeiter-Internationalen zu vermeiden, fordert der allgemeine Rat von den Sekretären uneingeschränkte Anwesenheit und befristete Befolgung der Grundbesitz.“

### Die Abberufung Katsowitsch erneut verlangt

Die „Tribune“ meint, daß der Befehl der Regierung Frankreichs, die Abberufung Katsowitsch zu verlangen, den ersten Schritt in der Richtung des gewünschten Abkommens zwischen Frankreich und der Sowjetunion bedeutet.

### Die Abberufung Katsowitsch erneut verlangt

Die „Tribune“ meint, daß der Befehl der Regierung Frankreichs, die Abberufung Katsowitsch zu verlangen, den ersten Schritt in der Richtung des gewünschten Abkommens zwischen Frankreich und der Sowjetunion bedeutet.

### Die Abberufung Katsowitsch erneut verlangt

Die „Tribune“ meint, daß der Befehl der Regierung Frankreichs, die Abberufung Katsowitsch zu verlangen, den ersten Schritt in der Richtung des gewünschten Abkommens zwischen Frankreich und der Sowjetunion bedeutet.

### Die Abberufung Katsowitsch erneut verlangt

Die „Tribune“ meint, daß der Befehl der Regierung Frankreichs, die Abberufung Katsowitsch zu verlangen, den ersten Schritt in der Richtung des gewünschten Abkommens zwischen Frankreich und der Sowjetunion bedeutet.

### Die Abberufung Katsowitsch erneut verlangt

Die „Tribune“ meint, daß der Befehl der Regierung Frankreichs, die Abberufung Katsowitsch zu verlangen, den ersten Schritt in der Richtung des gewünschten Abkommens zwischen Frankreich und der Sowjetunion bedeutet.

### Die Abberufung Katsowitsch erneut verlangt

Die „Tribune“ meint, daß der Befehl der Regierung Frankreichs, die Abberufung Katsowitsch zu verlangen, den ersten Schritt in der Richtung des gewünschten Abkommens zwischen Frankreich und der Sowjetunion bedeutet.





## Einer neuen Wirtschaftskrise entgegen?

### Die Reichsbank erhöht den Diskontsatz von 6 auf 7 Prozent - Neuer Börsekrach - Neue Teuerungswelle

Der Finanzminister Dr. Brüning, Reichsbankpräsident Schacht, hat den Diskontsatz der Reichsbank auf 7 Prozent erhöht.

Der Diskontsatz bedeutet, daß die Reichsbank noch nicht fällige Wechsel der Privatwirtschaft mit einem der Verzinsung bis zum Höchstmaß entsprechend dem Kurs ankauft. Wie die Erhöhung der Reichsbank und namentlich die Kreditverhältnisse angeht, wenn der Käufer nicht sofort mit Barzahlungen zahlen kann, der Verkäufer aber sofort Geld braucht. Der Verkäufer sieht auf den Käufer mit besten Aufmerksamkeiten (den sogenannten Kredit) hin, der der Reichsbank weiterverkauft. Erhöht die Reichsbank den Diskontsatz, so erhöht er erfahrungsgemäß alle Kreditkurse (Banken, Sparkassen) die Zinssätze. Das Geld wird teurer.

Es geht sich die Diskontierung ohne jede wirtschaftliche Begründung vornehmen. Was ist der Sinn, was sind die Folgen?

Die politische Zeitung" erklärt die Erhöhung des Diskontsatzes als einen entscheidenden Schritt gegen die Konjunktur. Schacht treibt nach der Meinung der "Zeit" eine Politik von harten politischen, er will eine neue Wirtschaftskrise verhindern, sprechen sich zwar ebenfalls gegen die Diskontierung aus, machen aber nicht gegen die Reichsbank eine wirkliche Oppositionsstellung einzunehmen.

Wenn das Inlandsgehalt teurer wird, so ist die normale Folge ein stärkeres Einströmen von Auslandsgeldern. Da aber Schacht absichtlich einen Auslandsstreich nach dem anderen, so zuletzt die Preisenahme und die kommunalen Aufwände abdrückt, wird die neue Maßnahme gerade eine Kreditabschwächung der Kommunen zur Folge haben.

Eine weitere Folge der Diskontierung wird in der Preissteigerung bestehen. Das Handelsministerium hat den veräußerten Kredit durch Preiserhöhungen ausgleichen wollen. Die Wertminderungen werden die Rollen der Finanzindustrie der Reichsbank begeben.

Ob die neue Maßnahme wirklich zu einem Konjunkturrückgang führen wird, ist zweifelhaft, da ihr eine Reihe von Umständen entgegenstehen, die für die weitere Dauer der Konjunktur sprechen. Zunächst ist die neue Börsekrach, der die Reichsbank durch verschiedene Papiere haben Kursrückgänge bis um etwa 20 Prozent zu verschaffen.

Wichtig verlagert ist die von der Börsekrach-Steuerung inspirierte Darstellung, wonach die Diskontierung gerade die weiteren Preiserhöhungen zu verhindern geeignet wäre. Eher könnte man davon sprechen, daß die Reichsbank die jetzige Konjunktur bremsen will - weil sie eine ausbreitende Pump-Konjunktur ist und weil eine immer stärkere Anbahnung der Kreditkrisis zu einer vorübergehenden Inflation führen könnte. Dafür spricht die Tatsache, daß die Deflation des Geldumlaufs durch Geld von 92 auf 44 Prozent zurückgegangen ist, was natürlich noch kein gefährliches Maß ist. Der Notenumlauf hat aber im September um 635 Millionen Mark zugenommen, und darin spricht sich eine Tendenz aus, die die Reichsbank befehlen will.

Wir sehen wiederum, daß die verschiedenen Interessen der kapitalistischen Wirtschaft auseinanderstreben: in diesem Gegensatz ist der Reim der kommenden Wirtschaftskrise enthalten. Wenn sie offen ausbrechen wird, ist eine Krise, die von mannigfachen Umständen abhängt. Die Aufgabe des Proletariats ist unbestimmt um die Differenzen der verschiedenen kapitalistischen Gruppen die Kämpfe zur Verhinderung der neuen Teuerung und für höhere Löhne mit verstärkter Kraft zu führen.

## Neue Gerüchte vom europäischen Chemietraktat

Anlässlich der bevorstehenden Aufstichtungsfeier der I. G. Farbenindustrie, die am 8. Oktober stattfindet, wird die englische Zeitung "Evening Standard" erneut die Frage der Bildung eines europäischen Chemietraktes auf. Die englische Presse kommt zu dem Ergebnis, daß die Bildung eines europäischen Chemietraktes, von dem die deutsche Seite sich schon in letzter Zeit auf dem Berliner Chemietraktat ein bedeutendes Ziel setzen hat, die I. G. Farbenindustrie aufzulösen, um auf die Weise eine enger finanzielle Bindung zu schaffen. Die bisherigen Verhandlungen scheitern jedoch an den Tatsachen, daß ein solches Traktat nur dann zustande kommen kann, wenn eine Verständigung zwischen der deutschen und der französischen amerikanischen, belgischen, englischen und, was nachdrücklich zu betonen ist, auch der amerikanischen Industrie besteht. In der deutschen Industrie besteht ein Wunsch, sich mit der Bildung eines europäischen Chemietraktes zu befassen, um auf die Weise eine enger finanzielle Bindung zu schaffen. Die bisherigen Verhandlungen scheitern jedoch an den Tatsachen, daß ein solches Traktat nur dann zustande kommen kann, wenn eine Verständigung zwischen der deutschen und der französischen amerikanischen, belgischen, englischen und, was nachdrücklich zu betonen ist, auch der amerikanischen Industrie besteht.

## Konkurrenzkampf Chilealpeter - Leuna-Ammoniak

In den letzten Wochen und Monaten entwickelte sich auf dem Weltmarkt ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen dem Chilealpeter und den Zinnverbindungen der I. G. Farbenindustrie. Der Preis der Zinnverbindungen der I. G. Farbenindustrie ist in den letzten Wochen stark gefallen, was die Zinnverbindungen der I. G. Farbenindustrie zu einem Preisrückgang gezwungen hat. Der Preis der Zinnverbindungen der I. G. Farbenindustrie ist in den letzten Wochen stark gefallen, was die Zinnverbindungen der I. G. Farbenindustrie zu einem Preisrückgang gezwungen hat.

Durch dauernde Senkung der Exportpreise will die I. G. Farbenindustrie versuchen, den Chilealpeter noch weiter aus dem Weltmarkt zu schlagen. Es steht nach der Meinung der bürgerlichen Wirtschaftspresse jedoch zu erwarten, daß diese Preisfestsetzungen zu

einer neuen Senkung des Verkaufspreises führen werden, welche dann sowohl den Zinn- als auch dem Kupfermarkt zu einem weiteren Sinken führen wird. Die weiteren durch die I. G. Farbenindustrie die Produktion von solchen Düngemitteln zu verweigern suchen, die für die Landwirtschaft zu verwenden sind, und auch auf diese Weise erfolgreiche Konkurrenz zu treiben.

## Erweiterungsarbeiten der Braunkohlenlöhne

(Arbeiterkorrespondenz)

Auf der Grube Credner in Unterböhmen wird in der Zechenfabrik eine neue Schichtanlage gebaut. Bereits fünf Wochen wurde die Bauzeit an und ist noch nicht beendet. Sämtliche Kautschukarbeiten aus Holz werden durch Eisenarbeiten ersetzt; die Türen, bisher ebenfalls aus Holz, werden durch Metallarbeiten ersetzt. Alles wird modernisiert, umgebaut und geschnitten. In der Schichtanlage werden die Kautschukarbeiten durch Eisenarbeiten ersetzt. Ein neuer Motorraum, früher aus Holz bestehend, wird jetzt aus Eisenblech und Mauerwerk neu aufgeführt. In der Schichtanlage ist ein neuer Motorraum eingebaut worden. Wände und Decken wurden ebenfalls geschnitten.

Die Arbeiter lernen alle, das neu gebaute Werk vorarbeiten, um bezahlte Arbeitsstunden zu verdienen. Die Arbeiter lernen alle, das neu gebaute Werk vorarbeiten, um bezahlte Arbeitsstunden zu verdienen. Die Arbeiter lernen alle, das neu gebaute Werk vorarbeiten, um bezahlte Arbeitsstunden zu verdienen.

## Wiederrum 10 Prozent Dividende bei der Rubiaz

Die Braunkohlen- und Zechenfabrik A.G. Berlin (Rubiaz) wird für das Geschäftsjahr 1926/27 wieder 10 Prozent Dividende, wie im Vorjahr, auf das Aktienkapital von 20 Millionen verleiht. Die 25 Millionen Abschreibungen des Vorjahres sind auf 2,75 Millionen herabgesetzt worden.

## 10 Prozent Dividende

Bei der Größtmeyer Aktien-Gesellschaft

Die Größtmeyer Aktiengesellschaft hat am 20. Juni 1927 ihre ordentliche Generalversammlung abgehalten, in der die Dividende für das Geschäftsjahr 1926/27 auf 10 Prozent festgesetzt wurde.

Die Größtmeyer Aktiengesellschaft hat am 20. Juni 1927 ihre ordentliche Generalversammlung abgehalten, in der die Dividende für das Geschäftsjahr 1926/27 auf 10 Prozent festgesetzt wurde. Die Größtmeyer Aktiengesellschaft hat am 20. Juni 1927 ihre ordentliche Generalversammlung abgehalten, in der die Dividende für das Geschäftsjahr 1926/27 auf 10 Prozent festgesetzt wurde.

## Die Inlandskonjunktur

Wichtige Anzeichen der Inlandskonjunktur. Die Inlandskonjunktur hat nach dem Bericht des Statistischen Reichsamtes im September unerwartet anhaltend. Da nach der Ansicht des Reichsamtes die bisherigen Anzeichen nur auf Grund tatsächlicher Bedarfs erzielbar sind, ist ein mögliches Wachstum der Inlandskonjunktur nicht zu erwarten. Die Inlandskonjunktur hat nach dem Bericht des Statistischen Reichsamtes im September unerwartet anhaltend.

Die Inlandskonjunktur hat nach dem Bericht des Statistischen Reichsamtes im September unerwartet anhaltend. Die Inlandskonjunktur hat nach dem Bericht des Statistischen Reichsamtes im September unerwartet anhaltend.

## Steigende Absatzpreise auf dem Rohmarkt - Steigende Gemine

Der Absatz der deutschen Rohstoffe hat sich, wie mitteilt wird, bis in die letzte Zeit hinein recht günstig gestaltet. Gemessen an den Preisen ergibt sich für die Zeit vom Januar bis September 1927 ein Anstieg um 200 Millionen Mark. Der Absatz der deutschen Rohstoffe hat sich, wie mitteilt wird, bis in die letzte Zeit hinein recht günstig gestaltet.

## Ausländische Kapitalanlage der I. G. Farbenindustrie

In der Sitzung des normaler Staatsrats hat die Reichsregierung die Kapitalanlage der I. G. Farbenindustrie in den USA genehmigt. Die Kapitalanlage der I. G. Farbenindustrie in den USA genehmigt. Die Kapitalanlage der I. G. Farbenindustrie in den USA genehmigt.

## Der Stoffmarkt im September

Im Monat September war der Absatz auf, Erzeugung und Verkauf von Stoffen im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent gestiegen. Im Monat September war der Absatz auf, Erzeugung und Verkauf von Stoffen im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent gestiegen.

Die Polizeibehörde beim Fallen Stellen

Die Milchmädchenrechnung des Oberbürgermeisters und des Bürgerclubs

Vom Polizeipräsidium erhalten wir folgende Bekanntmachung zur Kenntlichmachung:

Es sind die 57 der Straßenpolizeiordnung vom 21. August 1926 ...

In anderen Städten werden nach Möglichkeit Radfahrwege geschaffen, in Halle ist dies ...

Sieben Personen müssen in einer Baubude hausen

Vom einem alten Invaliden, der sich kein Brot als Orgelpfeifer verdient, geht uns folgendes Schreiben zu:

Es genügt den vielen amtlichen Instanzen noch nicht, daß ich sieben Personen ...

Mit Gottes Hilfe, Erkennungszeichen: Grüne Laterne

Am Invalidentag der Hallischen Nachrichten vom Dienstag findet ein Herr Emil Schulze eine Gefährdungsöffnung an und ...

Stadtteil Oben, Zellengruppe 1. Heute abend im „Kraußhü“ wichtige Mitgliederversammlung.

Oben, Zellengruppe 2, heute abend 8 Uhr bei Hohl wichtige Mitgliederversammlung.

Theater und Konzerte

Kraufführung im hallischen Stadttheater

oder wie man sich die Förderung moderner Kunst vorstellt

Bestehen dramatische Biographie von Friedrich Schiller ...

Freudrich Schiller sagt über sich selbst, daß er weit entfernt ...

Was kann aus diesem vagen Enthusiasmus, der ein Programm ...

Die Finanzverhältnisse der Städte haben sich in den letzten Monaten ...

Selbstverständlich für bürgerliche Kreise kamen die Magistrats ...

Wie in Finanzstellen behauptet wird, ist an diesem Umfange ...

die Gemeindefiskus werden eine Höhe erreichen, die früher ...

Seute steht beifolgende in Halle die Sache so, daß die 12-Mil ...

Der hallische Magistrat mit seinem berühmten Ordnungsdienst ...

Achtung, Stadtteilleitungen der AFD, von Halle!

Morgen, Freitag, abend 8 Uhr findet im „Pfeifer Schützenhaus“ ...

zur Verwirklichungsmahnahme? Seit der Eubendorf-Wahl 1924 ...

Nicht besser sieht es mit der Straßenbahn, deren enormer Bedarf ...

Die Erlöse eines Drechselspielers

Wegen Unterzahlung hatte ich vor dem Amtsantritt ein langes ...

Einiges Gauden gab es nun, als der Geschäftsdirektor vor Gericht ...

Die Erlöse des lokalen Teils (auf Seite 8)

Hilflos Resultat aber von der Beschaffenheit der Sache, es sind immer ...

4. Volkstanz im „Volkstanz“

Das G.H.E. Dr. K. ...

Die Oktober-Feste im „Kabarett der Städte“ sind folgende:

- 1. Die ... 2. Die ... 3. Die ... 4. Die ... 5. Die ... 6. Die ... 7. Die ... 8. Die ...

Wohlwollender Ratgeber des hallischen Kampfbundes ...



# Der Betrieb

## Wie es bei Lindner zugeht

U. A. Schon des öfteren wurde darauf hingewiesen, daß bei Lindner... (text continues)

### Das Recht auf Arbeit

laut Verfassung zugehört ist. Ja, für Kollegen Arbeitssuchen... (text continues)

### Waffen für die Ermordung

über "Kaus". "Nicht gespart" heißt dann auf der Kippe... (text continues)

Einmalen kein Lärm heißt es nun, ab heute müssen... (text continues)

### Das Ganze halt!

So stellen die und die und die Gerien sehen. Ihr müßt... (text continues)

### Innenbesetzung nicht abstellen

um ranieren zu können. Uns Protesten wird nun einfach... (text continues)

Sinein in die SPD, werft die bürokratischen... (text continues)

## Aus der Schokoladenfabrik Kant in Wittensberg

U. A. Seit einigen Wochen ist in der Kant wieder... (text continues)

### Waffend! Waffend!

Die Arbeiter bekommen die ersten 14 Tage Lohn... (text continues)

### Verhängung von Geldstrafen

Im Betrieb bei der Arbeit darf nicht gesprochen werden... (text continues)

So ist, bis 1. Okt., also drei Stundenlöhne für ein Wort... (text continues)

ins Gesicht ab solcher Schande. Um die Belegschaft... (text continues)

### Kampf für gewerkschaftliche Einheit

für die Einverleibung ihres Verbindnisses in die... (text continues)

### Ein belaudetes Geplänkel

Die kleine rote Kalibajille belaudete folgendes... (text continues)

### Die Büren natürlich nicht fehlen

Der Verband der Reichsbahn Knappenservice hat... (text continues)

### Bor einem Streik der Osenleher

Am dem schon seit Juni d. J. rückenden... (text continues)

Sammelt Unterschriften für die 3. Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion!

Ganz besondere Blüten von Beamten bei der Wannsee U.S.

Star logo with a list of names and amounts, and a table for collecting signatures for the 3rd worker delegation to the Soviet Union.

Betriebsmord! Durch Puffer am Kopf verliert... Am Sonntag gegen 14 Uhr ereignete sich... (text continues)

Die gelbe Swan Range verliert Boden zu gewinnen... Am Freitag verließ der König der... (text continues)

Blatt ein leeres Wagen vom Treiben in den Schicht... es war eine Betriebsführung von sechs Stunden... (text continues)

Die Leserschaft der Zentralbibliothek steigt

Die Zentralbibliothek (Burgstraße 27) wurde auch im abgelaufenen Vierteljahr röhrend besucht. Die Ausleihung der Bücher mit neuerer Literatur fand ungetrübte Anerkennung und wirkte sich in der Vergrößerung des Leserkreises um 55 neue Leser aus.

Sein ersten Besuch ist das Mittelbüchlein der Dramatiker (Verband Partei, Kommu oder andere) vorzuziehen. Einleuchtend wird die Wichtigkeit der Einbindung der Bibliotheksordnung nicht. Ausgabe findet Dienstags und Donnerstags von 18 bis 20 Uhr statt.

Durch spielende Kinder. Am 4. Oktober gegen 13.30 Uhr rückte die Feuerwehr nach einem Grundbrand in der Krausenstraße aus, wo ein vierjähriger Junge durch Spielen mit Streichhölzern einen Zimmerbrand verursacht hatte.

Zusammenstoß und Verkehrsunfälle. Am 4. Oktober gegen 15 Uhr wurde in der Mansfelder Straße in der Nähe des Sandensers ein Fußwagen von einem Straßenbahnwagen angefahren. Ein Fußweger brach die Dichtung. Verletzen kamen nicht zu Schaden.

Am 4. Oktober gegen 17 Uhr wurde in der Gelfstraße ein 35jähriger Knabe von einem Motorabfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Der Angefahrte trug eine Pfeifenwaunde am rechten Unterschenkel davon. Am Abend wurde in der Gelfstraße ein Handwagen von einem Lastkraftwagen gestreift und leicht beschädigt.

Das Ueberfallkommando. Am 4. Oktober gegen 19 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach der Brauhausstraße gerufen, wo eine Schlägerei zwischen vier Männern entbrannt war. Dabei wurde gegen einen Mann ein Messerlich geföhrt, bei diesem jedoch nur den Kopf zerkratzt. Die Beteiligten wurden zur Kamensfeststellung der Polizeiwaunde zugeführt.

Ein Unglückfall? Am 5. Oktober gegen 7 Uhr wurde in seiner Wohnung in der Lendorfer Straße ein 63jähriger Mann durch Gas vergiftet demnächst ins Krankenhaus aufgenommen. Der Verunglückte hatte den Gashebel nicht genügend abgedreht. Er wurde der Unterversitätsklinik zugeführt. Lebensgefähr besteht nicht.

Strahlenverrungen in Deutschland. Der holländische Wirtschaftswissenschaftler Dr. J. J. van der Meer hat in seinem Bericht über die Wirkung des Röntgenstrahlen auf den menschlichen Körper im Jahr 1927 die von den Röntgenstrahlen verursachten Veränderungen der Strahlenverrungen zur Kenntnis gebracht. Die umharnereichen Stoffe, die das gesamte Weichgewebe umfassen, sind fast ausnahmslos ein

sehen. Sie geben Ausschlag 1. über die beleuchtete Stelle; 2. über den Strahlengang, in der die beleuchtete Stelle liegt; 3. über die Richtung der Strahlung; 4. über die Entfernung; 5. über die Umarmungsstrahlen.

Zum photographischen Kreislaufschreiben wird mitgeteilt, daß die Bestimmung des zoologischen Gartens der Stadt Halle für die fünf besten Bilder mit Motiven aus dem hiesigen Zoo mehrere Preisgelder gewährt hat, und zwar als ersten Preis eine Familien-Tafel, als zweiten und dritten Preis je eine Einzel-Tafel, als vierten und fünften Preis je 20 Freiarten für den zoologischen Garten.

Deutscher Hilfsarbeiterverband Halle a. S. Am Freitag, dem 7. Oktober, abends 8 Uhr, im 'Volkspark' Mittelliederverammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: Orts-, Betriebs- oder Annahmestellen; 2. Wochensitzung für das 3. Quartal; 3. Verbandsangelegenheiten. Alles muß erscheinen.

Hilfsarbeiterabend. Am kommenden Sonntagvormittag Befreiung des Gäd. Elektrizitätswerkes Trotha. Alle Kollegen der Feuergruppe sowie auch die älteren Kollegen sind eingeladen. Treffpunkt pünktlich 9 Uhr Wettiner Platz.

Arbeiter-Samariter Halle. Die fällige Mitteliederverammlung findet am Donnerstag, dem 13. Oktober, abends 8 Uhr, in der Goldenen Reiter-Halle. Donnerstag den 8. Oktober, Abends 8 Uhr im 'Volkspark'. Wer bei nächsten Gefährten und Unglücksfällen seinen Mitmenschen lautmächtige Hilfe leisten will, besuche den Kursus der Arbeiter-Samariter-Kolonie Halle. Kursus anfang: 12. Oktober, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Radfahrer - Bedarfsartikel Regenmäntel Hausfrauen Waschtische Hygienebedarf Gummi-Bieder

Der Schokoladen-Konsum. In ein Unternehmen, das an vielen Plätzen des Reiches Filialen unterhält und Großfabrikation betreibt. Täglich werden mehrere hundert Zentner Pralinen hergestellt.

Mörderliche Sensationen auf dem Auslandspitze in Merseburg. Freitagabend: Prämierung der 5 schönsten Rübköpfe, d. größten u. dicksten Herrn.

Kermann Lühr, Wittenberg. Hammer Schlag. 36 Gr. Ulrichstr. 36. Billigste Beugequelle für Wiedervertäuer.

Schokoladen-Konsum. Hermann Schirmal & m. b. H. Fabrikanten und Detail-Verkauf Gr. Steinstr. 59. 1. Geschäft: Leipzig Str. 27 (Leipziger Turm).

Möbel. Otto Kandelhardt jun. Richard Hirschfeld. August Linke, Wittenberg. Seifenhaus Walter Thiele.

Herbstneuheiten. Franz Roming & Söhne. Fahrrad. Knaben-Wintermäntel. Hermann Krüger.

Abturnen mit Kinderfest u. Ball. Zeitungsträger für Lorenz gesucht. Befanntmachung. Die Versteigerung der Bücher mit den Bandnummern von 33.761 bis 37.700.

Wäsche Kleider. Trikotagen. Zeitungsträger für Silberstadt gesucht. Uhrn, Goldwaren, Optik.

Volkssteuerbesitzungsverein. Die Volksbuchhandlung Wittenberg empfiehlt politische und schonegellige Literatur.

Webwaren hatte vollen Erfolg und größten Zuspruch! A. Goldstein Eisleben Eisleben



# Aus der Provinz

## Bundestag der Freien Schulgelehrten in Marburg

Am 1. und 2. Oktober fand in Marburg der Bundestag des Bundes der Freien Schulgelehrten statt, zu dem die Ortsgruppen an 200 Delegierte geschickt hatten.

Die Tagesordnung lag vor: Vorträge über Soziologie und Schule, ein Referat über das Reichsschulgesetz, Gesellschaftslehre und Neuwohlfahrt des Volkstums.

Der erste Tag, der Sonnabend, war ganz dem Thema „Soziologie und Schule“ gewidmet. Sicher ist dies Gebiet, das man bisher aus guten Gründen aus der Schule völlig verbannt hatte, tatsächlich ein äußerst wichtiges, besonders wenn die Konsequenzen gezogen werden, wie sie der zweite Redner, Lehrer Melles, Duisburg, ausführte. Er wies mit erschütternder Schärfe darauf hin, daß eine objektive, soziologische Betrachtung unter Verzicht auf gesellschaftliche und Wirtschaftssystem, natürlich notwendigerweise zur schärfsten Beurteilung derselben führen müsse und damit zu dem Willen, sie unter allen Umständen zu beseitigen, also zum bewußten Klassenkampf.

Er erklärte, daß es infolge dessen unentbehrlich sei, daß an weltlichen Schulen Lehrer unter die Arbeiter zum Klassenkampf händeln. Es müsse verlangt werden, daß sie in jeder Hinsicht, auch in bezug auf den Kirchenaustritt, die Konsequenzen ziehen. Es sei für die weltliche Schule eine Kirchenaustrittsbewegung in großem Umfang nötig. Die bisherigen Erfolge böten noch ein recht befriedigendes Bild.

Natürlich kam das „Aber“, als er anfangs, von der Praxis zu sprechen kam, über die sehr unrichtige, ohne irgendeinen Beweis einer sicheren Anstellung, die sich rücksichtslos auf den Boden des Klassenkampfes stellen, werden eine Seltenheit bleiben, so lange ihre Befähigung oder Nichtbefähigung von reaktionären Schulräten abhängt! — Und die ganze Schule ist ja in der Anerkennung ihrer Werte und Stundentpläne, in jeder Kleinigkeit von ihrer Aufsichtsbehörde abhängig. Der Redner forderte schärfsten Kampf auch in dieser Richtung.

Sicher klingt das alles sehr gut und vertrauensverdienend, aber welche Schule führt denn einen so konsequenten Kampf? Und wenn wirklich eine es wagen sollte, wie lange würde sie denn noch bestehen? Man erwartet eben doch immer wieder die betrübliche Tatsache, daß nach dem Reichsschulgesetzentwurf, und in der Praxis noch heute, jede Schule des kapitalistischen Staates, auch die weltliche, genaugenau die Kinder zum guten Staatsbürger zu erziehen. Zu sie das nicht, so hat sie keinen Platz in dem herrschenden System und wird unbedingt beseitigt.

Scheinbar hatten die Redner bei ihren Referaten übrigens verstanden, daß sie zu einer Verammlung sprachen, in der ein hoher Prozentsatz Eltern waren. In der Tat, wie sie die Frage: Soziologie und Schule behandelten, wurde der Sache zu einer neuen Sachgegenständlichkeit (1) und sicher haben die Vorträge, die als Vertreter gehalten waren, wenigstens einen guten Eindruck auf die Zuhörer hervorgebracht, wenn man selbst die eigene Forderung, also im Klassenkampf zu stehen, erfüllen würde?

Siebt das Duisburger Referat, das der Redner doch kennen mußte, so glänzend da, daß es Zeit und Interesse hat, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob der Ausdruck „kulturbauende Denken“ ein rein mathematischer oder ein logischer ist?

Theorie und Praxis in der Freien Schulgelehrten! Glauben die Herren wirklich, daß es nicht genügend Schulfragen gibt, die dem Referenten brennend interessieren, daß sie die Zeit mit solchen Epithetensätzen füllen müßten?

Der zweite Tag brachte dann endlich etwas Aktuelles, nämlich ein Referat und die Diskussion über den Reichsschulgesetzentwurf.

Am 10. September war es, daß der Referent Dr. Maack sich völlig auf das Beschränkte, was jeder, der den Entwurf gelesen hat, schon selbst weiß. — Natürlich verlangte auch er, die Lösung, aber dennoch kann hier und da die neugierige Kritik nicht umhin, die mit der Freien Schulgelehrten sich mehrmals selbstgekritisiert haben, daß ein solches Reichsschulgesetz immer noch besser ist als gar keines! Der Grund zu dieser äußerlich gefälligen Anstellung liegt natürlich in der Einengung der tatsächlichen Aufgabe der Organisation auf Gründung einzelner weltlicher Schulen. Dies muß notwendigerweise dahin führen, daß man in erster Linie eine gefällige Grundlage für die verschiedenen Wünsche, und dabei natürlich das große Ganze all zu leicht aus dem Auge verliert.

Der erste Diskussionsredner, Genosse Habung, Düsseldorf, hob nicht bloß den Inhalt hervor, sondern auch die Art und Weise, in der den Ansprüchen und Äußerungen anderer führender Mitglieder der Freien Schulgelehrten statt. Seine Ausführungen trafen den Kern der Sache und verdienen höchste Beachtung.

Statt einzulassen, daß die Organisation nur dann Daseinsberechtigung besitzt, wenn sie zum Kulturkampf durch die gesamten Arbeiterbewegung wird, zeigt die Schulgelehrten für das Schicksal der Arbeiterkinder einen reinen Antagonismus. Ob erweist ihre Haltung sogar den Eindruck, als wenn sie glaubt: Je schwächer die Verfassung in den anderen Schulen, um so besser für uns, um so mehr Eltern werden ihre Kinder in unsere Schulen bringen.

Die rein theoretischen Reden über Soziologie seien zwar sehr abstrakt, ja sogar marxistisch gewesen, aber bisher verhalte es sich eher in der Freien Schulgelehrten mit Theorie und Praxis, wie mit dem Wiener Sozialisten bei den Vorkäufen!

Er weist dann nach, daß die SPD, die den Kommunisten so allkonsequent in der Schulfrage vorgezogen hat, heute in ihrem eigenen Interesse, als sie in der SPD, niemals vorhanden gewesen sind. Die Tatsache liegt natürlich in der Reaktionspolitik dieser Partei, die sie ihre Stellungnahme besonders auch zum Konfordat, das hier andersartiger Weise noch gar nicht erwähnt worden ist, nicht zuläßt. Interessant war es, zu erfahren, daß es unseren Genossen

im Bezirk Düsseldorf gelungen ist, in der Freien Schulgelehrten eine Zweidrittelmehrheit der Opposition zu erzielen.

Ein Beweis dafür, was bei weltlicher Aktivität unserer Mitglieder zu machen ist. Für die Genossen in Halle ist dies besonders in Harzer Unpop!

Schwarz, Dresden, weist die Behauptung zurück, daß es einen SPD-Stoß gebe in die Schulgelehrten hinein. Man müsse erlauben, möglichst viele weltliche Schulen zu gründen, auch wenn es noch so schlecht wären, würden sie doch die Kampffront des Referats stärken! Das erklärte wurde dann später durch die Vorträge an der Neuwohlfahrt der Bundesleitung nur allzu klar widerlegt!

Genosse Mohl, Solingen, hebt noch einmal den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis hervor.

Nicht einmal gegen die amtliche Hindenburg-Feyer in den Schulen ist eine Protestaktion durchgeführt worden.

Aufgabe des Bundes wäre es, bei solchen Gelegenheiten sofort Protesten für alle weltliche Schulen auszugeben, da ein einzelner Schulleiter durch einen Protest natürlich nur seine Entlassung erzielen würde.

Nach Beendigung der Diskussion wurde dann die Resolution des Bundesvorstandes angenommen, die im ersten Teil die Verwirklichung des gesamten Schulwesens einfordert und im zweiten damit begnügt, für die weltliche Schulschule die gleiche rechtliche

Stellung wie für die andere zu fordern und die eine Reihe Änderungsvoorläufe zu dem Reudellischen Entwurf macht.

Eine Resolution (Habung), die dagegen fand, die jede Kompromißlösung ablehnt, wurde abgelehnt.

Tagegen wurde eine weitere Resolution Habung, die sich gegen die Abschließung eines Konfodates wandte, einstimmig angenommen.

Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Schulgelehrten gegenwärtig in Deutschland 41 000 Mitglieder zählt und ständig im Zunehmen begriffen ist. Es wird von den üblichen Schwierigkeiten berichtet, daß nicht genügend Lehrer vorhanden sind, die bereit wären, einen Unterricht zu erteilen, der den Wünschen der Schulgelehrten entspricht. Ferner wird von den immer wiederkehrenden Schwierigkeiten der Beförderung gesprochen.

Recht rühmlich ging es dann bei der Abstimmung über die Verlegung der Bundeszentrale nach Berlin, der von der Versammlung zugestimmt wurde und bei der Neuwohlfahrt des Vorstandes. Es war nämlich durch den Vorschlag gemacht worden, der Genossen Habung in den Vorstand zu wählen. Das mußte natürlich verhindert werden. Der Vorstand, das Genosse Habung ja nicht in Berlin wohne, wurde hinsichtlich, als er erklärte, daß er jederzeit nach Berlin ziehen könne. Man fragte und fand aber etwas anderes, man stellte ihn nämlich die Frage: 1. Ob er unter allen Umständen für Gründung neuer weltlicher Schulen eintritt? 2. Ob er für ein Reichsschulgesetz auf der Grundlage der Weimarer Verfassung ist.

# Merseburg-Leuna-Querfurt

## Zwei „Volksblatt“-Notizen

Am 1. in der Nr. 230 vom 1. Oktober brachte das „Volksblatt“ folgende Notiz:

**Kommunistische Ausbauten.** In Bauten wurde in der vergangenen Nacht die im Mai 1926 eingeweihte Friedrich-Ebert-Gasse am Ebert-Denkmal so schön befestigt, daß der Baum beiseite treten mußte. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach den Taten sind hinsichtlich der Verhältnisse. Der Volksbericht verdächtigt kommunistische Helfershelfer, die sich in der Nacht in der Gegend des Denkmals unbetrieben.

Man lese! Der Volksbericht verdächtigt u. a. In der nächsten folgenden Nr. 231 vom 3. Oktober fand zu lesen:

## Tragische Helden

### Selbstentzweierte der Ebert-Gasse

Am Sonnabend ist es gelungen, der Täter habhaft zu werden, die die Ebert-Gasse in der Schüler-Anlagen in Bauten mit roter Gewalt zerstört haben. Es handelt sich nicht um kommunistische Jettelantreiber, wie die Bauherren Polizei vermutet hatte, sondern um zwei Bauherren Nationalsozialisten: den 18 Jahre alten Kaufmann Walter Jette und den 27 Jahre alten Lohnverwalter Willi Handrick. Beide haben nach längerem Verhör ein Geständnis abgelegt. Sie rufen sich auf Trunkenheit hinaus.

Sie gehen gewiß nicht frei, wenn wir behaupten, daß nicht der Volksbericht die Verhältnisse ausgeprochen hat, sondern, daß dies in der verfallenen Gehirne eines „Volksblatt“-Redakteurs entstanden ist. In dem Kommunistenbuch und im Verbumden sind viele Drogen Weiser. Wie kann ein Arbeiter noch so ein Schwindelblatt lesen?

## Kämpf das Scheudler „Mittelungsblatt“ gegen den reaktionären Reichsschulgesetzentwurf?

„Wie ich es auffasse“, sagte der tschechische Kamler Michaelis. „Wie ich es auffasse“, lautet der Schriftsteller Maack des Scheudler „Mittelungsblatt“. Gewähr, der Schulgesetzentwurf des Bürgerblades ist totalreaktionär. Totalreaktionär sind auch die Änderungsanträge der preußischen Braun-Greifswald-Regierung — gewiß! Aber, meint der Schriftsteller Maack: „Wie ich es auffasse“, darf man im Kampf gegen den Entwurf nur die falsche Wahrheit sagen!

Das Scheudler „Mittelungsblatt“ gibt nur: 1. ein überparteiliches Arbeiterorgan zu sein und 2. den Kampf gegen die Kulturreaktion zu führen.

Wir haben schon mehrmals die Feststellung machen müssen, daß die „Ueberparteilichkeit“ praktisch auf eine offene Kampfbahn für die SPD, hinausläuft.

Es ist in letzter Zeit erstiegen in diesem Blatte ein „objektiver Bericht“ über die Freiheitsbewegungen, der dadurch, daß es das „Mittelungsblatt“ verurteilt und die Verurteilung der großen Widersprüche durch die sozialdemokratische Parteimehrheit direkt bekräftigt, einen ziemlich herausfordernden Charakter hatte. War er nicht von parteipolitischen Vorlesungen geleitet?

„Ueberparteilich ist kein Blatt“, laut Herr Maack — aber:

„Wie ich es auffasse!“  
Nichtst steht es auch mit seinem Kampfe gegen die Kulturreaktion. Genosse Sch. schickte ihm nach einem Artikel über den Reudellischen Entwurf, den er auch brachte, einen zweiten über die preußischen „Änderungsanträge“, der die Unterbindung der Führerlokation durch die Regierung der Reichsbauernparteien enthält. Genosse Sch. stellte nur 2 Artikel ein. Auch Herr Maack gibt diese Tatsachen zu, indem er dem Genossen Sch. schreibt: „Ich konstatiere den nach ihrem Schreiben schonfalls Verfall der Preußen-Regierung absolut nicht.“ — Dennoch lehnt es Herr Maack ab, diese Tatsachen der Arbeiteröffentlichkeit zu unterbreiten! Wider seine eigene Ueberzeugung. Warum?

Herr Maack „begründet“ in der Tat, wie die Reudell und Braun „berührend“. Er will bei seiner heißen Wahrheit bleiben, weil durch die Bekanntmachung der ganzen Wahrheit eine heilige Verwirrung unter den Generen des Reudellischen Entwurfs Platz greifen würde. — So dreht er die Begriffe um. Der Artikel, der gerade zur Auffklärung notwendig wäre und der den Generen des Entwurfs die ganze Front der Reaktion aufhebt, soll nach der „Aufsorgung“ dieser Schriftleitung „eine heilige Verwirrung“ anrichten!

Herr Maack schreibt weiter: „Die ganze Stoffkraft acht doch vor der Hand (2) gegen den Entwurf Reudells, zu welchem Zweck ist auch die Arbeiteröffentlichkeit gerichtet ist.“ Bekanntlich ist die „Arbeiteröffentlichkeit“ gegen die Kulturreaktion gerichtet worden, von der heiligen Front der Reaktion eine rote Ueberströmung entgegenzuhalten.

Wenn nun, wie die preußische Regierung selbst in einem Quartier von 48 Seiten betont hat, die Front der Reaktion von Reudell bis Braun-Greifswald reicht, denn müssen auch die im Ueberreichten Wallen einfließend einmündet werden. Das ist doch selbstverständlich. Was ist die Folge, wenn der „linke“ Flügel der Reaktion unbeschädigt bleibt? Nun, während die „ganze Stoffkraft“ gegen den Reudellischen Entwurf gerichtet ist, so ist die reaktionäre Braun-Greifswald-Entwurf nur ein Nebenstück. Das muß jeder Leser des „Mittelungsblatt“ einsehen! Aber muß das bestehen — wenn er nicht gerade das weiß, was Herr Maack zu beschämigen scheint, nämlich: durch eine heilige Schwindelaktion der Arbeiter zum Zweck zu werden! Damit ist alles gesagt! Diese Taktik ist auch dem „Mittelungsblatt“ bekannt. Die SPD, unter dem Namen des „Mittelungsblattes“ zu arbeiten, bedürfte.

Daß es das letztere überhaupt nicht geben kann, weil (nach der Weimarer Verfassung) der SPD, die dem Zentrum) die einzelnen Schulparagrafen der Verfassung sich direkt widersprechen, das hört die SPD-Leuten bei ihren Demagogieübungen gegen Kommunisten nicht weiter. Und da der Genosse Habung diese beiden Examensfragen natürlich nicht zu ihrer Zufriedenheit beantwortete, wurde er nicht gewählt.

Diese Vorträge sollen allen Mitgliedern der Schulgelehrten sehr zu denken geben. Der Frieden zwischen SPD- und SPD-Mitgliedern im Bund ist ein Scheinfriede, der nicht im Interesse der Schule, wohl aber sehr im Interesse der SPD liegt. Wenn unsere Genossen das erkannt hätten und täglich gearbeitet hätten wie die Ortsgruppen im Westen, wären solche Vorträge nicht möglich gewesen.

Speziell für Halle sei noch darauf hingewiesen, daß auf dem Bundestag von führenden Mitgliedern der Schulgelehrten, und zwar sogar von solchen, die der SPD angehören, mit aller Schärfe die Forderung erhoben wurde, den Kirchenaustritt zu propagieren, ohne daß auch nur ein einziger Vertreter Widerspruch erhoben hätte. Das ist an sich eine Selbsterleuchtungsleistung.

Was sagt aber die Ortsgruppe Halle dazu, daß die 1. Vorlesender, der sich weigert, für die Ortsgruppe einen Kasten gegen Kulturreaktion zu unterzeichnen, nur weil darin u. a. zum Kirchenaustritt aufgefordert wird?

Ferner, daß derselbe 1. Vorlesende den Anschluß an das hallesche Kampfbüro gegen Kulturreaktion verweigert, nur weil neben vielen anderen Organisationen auch die SPD mitarbeitet.

Das sind Vorträge, die die hallesche Mitgliedschaft nicht einfach auf sich beruhen lassen darf, zumal sie auch im Widerspruch stehen zu der Auffassung des Bundestages, über die die schärfste Reudellische verlangen muß.

Herr Maack hat es abgelehnt, seinen Lesern die Wahrheit über ihre Feinde zu sagen. Er hat damit vielen Feinden einen Dienst erwiesen. Das ist eine Tatsache, die wir nicht in die Welt stellen können, die für Herrn Maack keine angenehmen Folgen haben dürfte, sondern wir ihn hiermit öffentlich auf seine Haltung hinweisen und laden in seinem Blatte zu „beruhigen“!

Sollte er das nicht für nötig halten, dann verachtet seine Zeitung dann auch auf den besten Stellen, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten! Wir wollen.

Merseburg. Mitten im Oktoberfest auf dem Kuppelplatz. Schon am vergangenen Sonntag zeigte die Festschau von dem Kinderplatz, daß das Oktoberfest einen Anfang genommen hatte. Neben den obligatorischen Würst- und Anderen sind auf dem Wache einige interessante Schaustellungen vorhanden. Da ist Walldors Anatomisches Museum mit über 100 lebensgroßen Schaustellungen aus Wachs, darunter das Schminkebucher von Kommerzienrat. Auf dem Platz ist ein Kaffeehaus, auch ein „Café“, und besonders interessant ist die Ausstellung und Affentheater mit einer sehr wirksam aufbereiteten Tiere. Der Platz in Erlensee, „Italia-Theater“ ist ebenfalls empfehlenswert durch sein umfangreiches sowie Variete-Programm.

Der Platz in Erlensee, findet Gelegenheit bei dem „Lichtspiel“ und die unentbehrliche Freizeitmöglichkeit mit dem lehrreichen Spiel „Der Kampf um die Welt“, das die Ereignisse der Weltgeschichte in einer sehr interessanten Weise darstellt. Auch ein „Café“, und besonders interessant ist die Ausstellung und Affentheater mit einer sehr wirksam aufbereiteten Tiere. Der Platz in Erlensee, „Italia-Theater“ ist ebenfalls empfehlenswert durch sein umfangreiches sowie Variete-Programm.

Merseburg. Die heute fällige Raziellifikation muß unumkehrbar ausfallen. Für die später stattfindende Sitzung ergeben sich Einwendungen.

Merseburg. „Sch — auf die!“ Der Reichsleiter Götz ging am Freitag in den „Kaffeehaus“. Als der Zug der roten Frontkämpfer vorüberkam, rief er einem mitmarschierenden Arbeiter: „Kommt mit, ich bin auf die!“ Auf die, damit meine ich die roten Frontkämpfer. Sch — auf die, damit sie in Einklang treten, da sollten sie auch denken: „Sch — auf die!“

Hagen. Große Parteiverammlung! Am Sonnabend, abends 8 Uhr findet im „Bürgercafé“ ein leiter bei am Orte bestehenden Arbeiterorganisationen eine große Parteiverammlung gegen den Reichsschulgesetzentwurf statt. Die Verammlung muß von allen Arbeiterorganisationen am Orte besucht werden, die gegen die Verfassung der Volkskammer sind. Sonst für Massenbesuch!

Halle. Die Schweinepest ist bei den Arbeitern Otto Trauendorf, Karl Hübner, Josef Glöckmann, den Landwirten Julius Hübner, Karl Hübner, Friedrich Hübner und dem Dreher Karl Hübner ausgebrochen.

## Aus dem Saalkreis

Ammerort. Treutenlust allerwege. Kamerad Paul Krenz, ein treuester Mann aus der Ammerortler Papierfabrik bekannt, besag sich mit einer Deputation und leitete ebenfalls seine Fahrt nach Berlin, um Herrn v. Hindenburg am Sonntag, dem 2. Oktober, zum Geburtstag zu gratulieren. Seine Fahnenstange hat deswegen einen neuen Anstrich bekommen, um Ammerort einen besseren Eindruck zu erzielen. Der Arbeiterverein von Ammerort dankt seinen Genossen mit auf den Weg nach Berlin. Carlchen wird im Hinblick auf dem „Sündenbühl“ zurückgekehrt sein. Dieleicht erzählt er eines einmal, ob Hindenburg sich auch über die frisch gepulverte Fahnenstange, die immer so schön auf Carlchen rundum baute, tanzt, getreut hat. Oder hat der Netter etwas unehren braven Karl aus Ammerort gar nicht beachtet? Das wäre ja beinahe eine Sünde, denn eine Krone, und mag sie noch so tollisch leuchten, muß doch von einem ehemaligen Generalfeldmarschall auch beachtet werden. Und Karl hatte sich auch schon so sehr getreut.

Merseburg. Erntedankfest. Am Sonntag war in unserer Kirche etwas mehr Besuche als an den übrigen Sonntagen. Die Partier dankt ihrem Gott für alles das, was er ihnen begehrt hat. Deshalb besetzten sie auch von allen Früchten, die sie auch Kirbisse und Trautstöcke, in das Haus des Herrn. Ob sie auch an ihre Arbeiter gedacht haben, die ihnen den Gelobte doch alles vergrößern? Oder meinen die Bauern, der liebe Gott hat allein gemacht? Aber auch andere „Helden“ dankten dem Herrn, so der Bauer „Emanuel“ Binnert, Kaffeeher, der Bauernvereinsgenosse, für den Großbraten, die er auch in der Kirche haben konnte. Der Herr ging zur Gelehrten auch mit. So leben die Maurer im 20. Jahrhundert aus, und man kann sich nur freuen, daß die Mehrheit anders denkt.

Speyerhausen. Der Reudell ist nicht so ein Störzchen und Sonnabend von 12 bis 1 Uhr zusammen und 1 bis 4 Uhr nachmittags. Sonnabend nur eine Streifenbahn von 2 bis 3 Uhr. Sonnabend keine Streifenbahn.

# Mus dem Zeiter Stadtparlament

## Rehabilitierungsverlauf des Zeiter Arbeiterverbandes — Goldlein Sonderunterstützung an die Sozialrentner bewilligt — Hindenburg-Rummel abgelehnt — Goldlein würdigt SPD-Anträge ab

Eine lange, aber meist inhaltsreiche Tagesordnung wurde gestern hier im Stadtparlament durchberaten. Eingangs der Tagesordnung verlas der Ordnungsbüchler Döring die Zeiter Arbeiterbetriebsvereine über ihre feindliche Einstellung in der Frage der Schwerekriegsbeschädigten zu rehabilitieren. Der Bericht mißfiel. Selbst ein bürgerlicher Stadtrat entpuppte sich als Feind dieser Angelegenheit.

Ein Ausnahmefall hat der Stadtrat Magistra, wahrscheinlich in Anbetracht der in Aussicht stehenden Wahlen, den Sozialrentnern eine einmalige Zulage gewährt. Bei der Hindenburg-Spende mußte die SPD. Harde bekämpfen. Sie verurteilte sich um den Antrag der SPD. heranzubringen. Es war ein Schuldschein für Güter, denen man schließlich doch nur Lammie 1000 Mk. bewilligte!

Von der Vorleser den haben eröffnet habe, gab er verschiedene Einladungen bürgerlicher Mitmenschen bekannt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verurteilte Döring die Beschlüsse des Stadtrates über die Zeiter Arbeiterbetriebsvereine. Dieser wurde er sich gegen lassen, daß selbst kein Freund der Arbeiter, der sogar Stadtrat ist, bis jetzt noch kein Opfer des Krieges eingestrichelt hat! Er verurteilt sich immer damit herauszubringen, indem er erklärt, auf seiner Drabantentour werden die Kriegsbeschädigten keinesfalls bestraft. Auch das stimmt nicht. Man verurteilt vielmehr, die Beschlüsse des Stadtrates, der jetzt auch Verbindung zu haben scheint, erklärt, das gegen den Willen der Arbeiter Strafen wegen Verletzung des Gesetzes eingeleitet sei.

„Man genügt der Magistra den Befehl der Stadtratsordnungen durchzuführen, der dahin lautet, den bürgerlichen Arbeitern eine gewisse Wohlthatenbewilligung in der Höhe eines Wochenlohnes auszusprechen, die Mittel dazu sollen aus dem verfallenen Erben genommen werden, die aus dem vorigen Etatjahre übrig geblieben waren.“

Auch hat die SPD. gegen das Reichshaus einen Antrag eingebracht. Der SPD. Vorleser Goldlein läßt über den Antrag der SPD. zuerst verhandeln. Auf Grund dessen in längerer, jedoch ziemlich leichten Ausführungen derselben. Goldlein erlaubt unsere Genossen, ihre Anträge zurückzugeben. Das wird abgelehnt.

Genosse Brandt wies auf die Beiträge des Bürgerclubs hin. Er rechnete gründlich mit den bürgerlichen SPD.-Leuten ab. Dann forderte er, daß der Magistrat sofort eine Auffstellung vornimmt, wie hoch die Kosten, die bei der Annahme des Gesetzes der Stadt entstehen, sind. Bei der Ablehnung wurde vom Zeiter Feind einfach erklärt, daß der Antrag der SPD. angenommen würde, der Antrag der SPD. jedoch nicht. Er erklärte, daß ein weiterer Genosse wurde nicht abgelehnt; beschließen sich nicht über den Antrag betreffs 10 Prozent Mieterhöhung. Es sei bereits zu spät!

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

**Am Sonntag, dem 30. Oktober**

legt seine Origo Gruppe der Partei und des roten Frontkämpfer-Bundes eine Veranstaltung fest. Am diesem Tage wird überall Werksarbeit für Partei und Presse geleistet. Folgen wir dem Beispiel des Arbeitergebietes, dort wurden am 25. September

„Genosse Brandt wies auf die Beiträge des Bürgerclubs hin. Er rechnete gründlich mit den bürgerlichen SPD.-Leuten ab. Dann forderte er, daß der Magistrat sofort eine Auffstellung vornimmt, wie hoch die Kosten, die bei der Annahme des Gesetzes der Stadt entstehen, sind. Bei der Ablehnung wurde vom Zeiter Feind einfach erklärt, daß der Antrag der SPD. angenommen würde, der Antrag der SPD. jedoch nicht. Er erklärte, daß ein weiterer Genosse wurde nicht abgelehnt; beschließen sich nicht über den Antrag betreffs 10 Prozent Mieterhöhung. Es sei bereits zu spät!“

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Genosse Brandt wies auf die Beiträge des Bürgerclubs hin. Er rechnete gründlich mit den bürgerlichen SPD.-Leuten ab. Dann forderte er, daß der Magistrat sofort eine Auffstellung vornimmt, wie hoch die Kosten, die bei der Annahme des Gesetzes der Stadt entstehen, sind. Bei der Ablehnung wurde vom Zeiter Feind einfach erklärt, daß der Antrag der SPD. angenommen würde, der Antrag der SPD. jedoch nicht. Er erklärte, daß ein weiterer Genosse wurde nicht abgelehnt; beschließen sich nicht über den Antrag betreffs 10 Prozent Mieterhöhung. Es sei bereits zu spät!“

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Genosse Brandt wies auf die Beiträge des Bürgerclubs hin. Er rechnete gründlich mit den bürgerlichen SPD.-Leuten ab. Dann forderte er, daß der Magistrat sofort eine Auffstellung vornimmt, wie hoch die Kosten, die bei der Annahme des Gesetzes der Stadt entstehen, sind. Bei der Ablehnung wurde vom Zeiter Feind einfach erklärt, daß der Antrag der SPD. angenommen würde, der Antrag der SPD. jedoch nicht. Er erklärte, daß ein weiterer Genosse wurde nicht abgelehnt; beschließen sich nicht über den Antrag betreffs 10 Prozent Mieterhöhung. Es sei bereits zu spät!“

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

## Der Gefangene von Potsdam

Von Heinrich Wandt

Copyright 1927 von Agis-Verlag Wien-Berlin

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks und der Uebersetzung vorbehalten

Nachdem der nun auf mich so laßig gemacht Untersuchungsrichter des Reichsgerichts diese Angelegenheit gemacht hatte, verlor ich in der schmerzhaften Lage von mir zu wissen, wie der gesamte betagte Schriftsteller in den Besitz dieses Dokumentes gelangte.

Über da ich bis dahin weder den beglückten Schriftsteller kühler, noch das Buch, geschweige das erwähnte Dokument kannte, und von lieben Gott auch nicht mit Willensbetrag gedankt worden bin, so war es mir unmöglich, die Neugierde des sorgigen Herrn Landgerichtsamt zu befriedigen.

Ich hat ihn mir die „Flammenpolitik“ und das darin publizierte Skizzenbuch zu zeigen.

Da wurde er noch aufgeregter und teilte mir mit, daß er das nicht zu tun vermöge. Er hätte das Buch noch bis vor kurzem im Besitz gehabt, aber jetzt könne er es nicht mehr auffinden: es sei ihm wahrscheinlich gestohlen worden. Und dann, als er meine ungläubige Miene gewahrte, geriet er seinem Berge die Verletzung betäubender das bis zur Verfertigung des in Rede stehenden Schriftstückes darum „Landesverrat“ sei, weil es die genaue Zusammenfassung enthält, die gewisse diplomatische Persönlichkeiten während des Krieges mit den deutschen Militärbehörden des besetzten Hindenburgs pflegten.

wenigstens gehalten, mich in festerer Obhut noch einmal in eine Charlottenburger Wohnung zu begeben, damit ich mir dort einen Anzug beschaffen könne, der für meine gegenwärtige Situation passender wäre.

Ich erinnere ihn in diesem Zusammenhang daran, daß ich doch während meiner Berliner Haftzeit über lediglich Mal mit meinem „Kerkerleben“ inszenieren konnte und mich dabei, ohne den Wochentag zurückgelassen zu haben, und ich erkläre mich sogar bereit, ihm mein Ehrenwort zu geben, daß ich mit dieser Erlaubnis keinen Mißbrauch treiben würde.

Herr Halleck entgegen, daß er es nicht gestanden fände, daß ich in meinem fünfzehnjährigen Fußgängermonatlang in dem kleinen grauen Hofe des Hindenburg ein. Auch der Herr Sozialrat Richter erwiderte sein warmes Herz — für Hindenburg. Die drei Sozialisten sind gegen die Hindenburg-Spende. Sie erklären, daß sie die 1000 Mk. der SPD. aufnehmen werden. (Eine nette Einheitsfront Müller, Paul, bis 30.) Bei der Abstimmung zeigt sich das Zimmergebet der SPD. in seiner traurigen Form.

Herr Müller, Bevollmächtigter des DMR, stimmt gegen die 5000 Mk. der SPD.

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich

„Som Anhalt der alten Kaiserzeitung „Vorwärts“ wird ein gültigig Zustand genommen, da selbst dem Herrn Ober, der sich



